

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Marco Bülow, Dirk Becker, Gerd Bollmann,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/9554 –**

Keine deutsche Zustimmung zu einer europäischen Förderung der Atomenergie

A. Problem

Keine Gleichstellung der Atomenergie mit erneuerbaren Energien.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU
und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/9554 abzulehnen.

Berlin, den 23. Mai 2012

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Thomas Bareiß
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Thomas Bareiß

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/9554** wurde in der 178. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Mai 2012 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung auf, sich beim Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie am 15. Juni 2012 klar gegen eine Gleichstellung der Atomenergie mit erneuerbaren Energien und gegen jedwede Subventionierung vorhandener oder geplanter Atomkraftwerke auszusprechen. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung auf eine Weiterentwicklung der Energiewende hinwirken.

Die Fraktion der SPD verweist auf die von der dänischen Ratspräsidentschaft erbetenen Stellungnahmen zum Energiefahrplan bis 2050. Vier Mitgliedstaaten (Großbritannien, Frankreich, Polen und Tschechien) hätten sich darin für eine Gleichstellung der Atomenergie mit erneuerbaren Energien ausgesprochen. Zur Begründung hätten diese angeführt, dass beide Energieformen kohlendioxidneutral und damit wichtige Mittel gegen den Klimawandel seien. Die vier EU-Mitgliedsländer hätten daher vorgeschlagen, dass die finanzielle Förderung des Abbaus von Kohlendioxid-Emissionen technologieneutral erfolgen müsste.

Die Fraktion der SPD hält diese Forderung für rein ökonomisch motiviert. Alte abgeschriebene Reaktoren seien nur durch die milliardensubventionen und die Vergesellschaftung der Folgekosten profitabel. Der Neubau von Reaktoren rechne sich dagegen nicht, da dieser teurer sei und länger

dauere als bei jedem anderen Kraftwerkstyp. Gleichzeitig bestehe durch die Entwicklung der erneuerbaren Energien in Zukunft kein Preisvorteil mehr. Die Atomenergie sei nicht wettbewerbsfähig und wegen des hohen Energieverbrauchs beim Uranabbau nicht kohlendioxidneutral.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/9554 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 72. Sitzung am 23. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 23. Mai 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 17/9554 in seiner 69. Sitzung am 23. Mai 2012 beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9554 zu empfehlen.

Berlin, den 23. Mai 2012

Thomas Bareiß
Berichterstatter

